

beste Strategie, ihnen Wahlerfolge zu verwehren?

„Rechtspopulismus in der Europäischen Union“ ist eine „kritische“ Einführung in ein Forschungsfeld, das sonst eher empiriegeleitet arbeitet. Die sehr interessanten Thesen, die vermeintliche Kausalketten herausfordern, können allerdings nur für bestimmte Untersuchungsfälle gelten. Ob sie Grundlage einer belastbareren und somit generalisierbaren Theoriebildung sein könnten, wäre mit Hilfe empirischer Vergleichsstudien zu prüfen.

Timo Lochocki

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Burchardt, Hans-Jürgen, Anne Tittor, und Nico Weinmann (Hrsg.): *Sozialpolitik in globaler Perspektive. Asien, Afrika und Lateinamerika*. Frankfurt, New York. Campus Verlag 2012. 288 Seiten. 24,90 €.

Der Sammelband geht aus einer Vortragsreihe im Rahmen des Promotionskollegs „Global Social Policies and Governance“ an der Universität Kassel hervor. Er verfolgt einen doppelten Zweck: Mit Blick auf den heute beinahe allgegenwärtigen Eurozentrismusvorwurf soll ausgelotet werden, inwiefern die an den westlichen Sozialsystemen entwickelten Kategorien auch dazu taugen, Sozialpolitik im globalen Süden zu analysieren, beziehungsweise ob diese ergänzt oder durch andere Ansätze ersetzt werden müssen. Neben der Einleitung der Herausgeber „Sozialpolitik in globaler Perspektive: Zu den Herausforderungen eines Forschungsfeldes“ befassen sich vor allem die Beiträge von Friedbert W. Rüb „Sozialpolitik in einer globalisierten

Welt: Akteure, Aufgaben und Aussichten“, Hans-Jürgen Burchardt „Von der vernünftigen Suche nach Leidenschaft: Ein Vorschlag, Gesellschaftsanalyse und Sozialpolitikforschung zu dezentrieren“ und von Boike Rehbein „Globale Politik aus der Perspektive einer kaleidoskopischen Dialektik“ mit theoretischen und konzeptionellen Fragen. Der abschließende Beitrag von Jan Nederveen Pieterse „Growth and Social Policies, toward inclusive development: A global panorama“ lässt die methodischen Bemühungen um eine dem „globalen Süden“ angemessene Begrifflichkeit beiseite und demonstriert mit dem Instrumentarium der politischen Ökonomie, warum und wie in allen Weltregionen nicht nur wirtschaftliche und soziale Entwicklung zusammen zu denken sind, sondern auch Wirtschafts- und Sozialpolitik. Den zweiten Schwerpunkt des Bandes stellen sechs Fallstudien zu „Sozialpolitiken jenseits der OECD“ dar. Die Beiträge folgen keinem vorgegebenen Analyseraster und befassen sind mit zum Teil unterschiedlichen Gegenständen: Der Beitrag von Armando Barrientos „Accounting for change in Latin America's welfare regime“ arbeitet den erstaunlichen Wandel der Sozialpolitik seit der Jahrtausendwende heraus, der zeigt, dass in Lateinamerika im Bereich der Sozialpolitik die Pfadabhängigkeit gering ist. Er bringt diesen Paradigmenwechsel mit dem Kollaps der alten Entwicklungskoalition aus der Zeit der importsubstituierenden Entwicklung in Verbindung und mit dem neoliberalen Wandel, der mehr als früher eine Einbeziehung der Bevölkerung im informellen Sektor erforderlich macht. Die neuen Programme können nur bedingt mit dem „Linksruck“ in der Region erklärt

werden. *Nico Weinmann* bietet mit seinem Beitrag „Exklusive Sozialpolitik? Alte Muster und neue Trends in Lateinamerika“ ebenfalls einen allgemeinen Überblick, in dem er Lateinamerika als „Laboratorium neuer Arbeits- und Sozialpolitiken“ (141) sieht und der Frage nachgeht, ob die neuen und oft auch innovativen Ansätze geeignet sind, den exklusiven und ausschließenden Charakter der frühen lateinamerikanischen Sozialpolitik zu überwinden oder wenigstens einzuschränken. Er plädiert dabei für eine analytische Zusammenführung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Die Beiträge von *Katharina Müller* „Alterssicherung zwischen Privilegien und sozialen Rechten: Befunde aus Lateinamerika“ und *Katrin Weible* und *Lutz Leisering* „South Africa's System of Cash Transfers: Assessing its Social Quality“ befassen sich beide mit Cash-Transfer-Programmen. *Katharina Müller* geht der Frage nach, wieso ausgegerechnet eines der ärmsten Länder der Region, nämlich Bolivien, sich seit geheimer Zeit ein beitrags- und einkommensunabhängiges Rentenprogramm leistet, das aus einem reinen Cash-Transfer besteht, und mit dem es gelungen ist, die Altersarmut signifikant zu verringern. In der Studie zu Südafrika werden unter Rückgriff auf einen Begriff von Sozialpolitik, der den sozio-kulturellen Kontext und das Verständnis des Sozialen bei verschiedenen Akteuren mit einschließt, die verschiedenen Cash-Transfer-Programme in der Republik Südafrika untersucht. Es stellt sich heraus, der der Staat es als eine Aufgabe ansieht, bestimmten Bevölkerungsgruppen (zum Beispiel Kinder, Alte, Behinderten) zu helfen, nicht aber Arbeitslosen. Südafrika wird unter anderem nach den Kriterien des

staatlichen Engagements, der Institutionalisierung der Programme und des Rechtsanspruchs auf Hilfe als Wohlfahrtsstaat eingestuft.

Nicole Mayer-Ahuja „Sozialpolitik und Arbeitsorganisation in Indien: Ein Blick durch das Fenster der Softwareprogrammierung“ und *Jakob Fruchtmann* „Die russische Steuerpolitik: Machtfragen und die „soziale Frage““ nähern sich dem Thema aus ganz anderen und jeweils unterschiedlichen Blickwinkeln. Im Falle Indiens wird auf der Mikroebene untersucht, wie das Fehlen einer Altersabsicherung dazu führt, dass die Mitarbeiter in Softwarefirmen häufig die Stelle wechseln, was eine fachliche Spezialisierung am Arbeitsplatz und stabile Arbeitsverhältnisse auch dann verhindern, wenn das Firmenmanagement genau dies anzustreben versucht. Der Beitrag zu Russland zeigt, wie die Durchsetzung einer relativen staatlichen Autonomie gegenüber den „Oligarchen“ und eine politische Rezentralisierung die Voraussetzung für eine geregelte Steuererhebung waren (Putin-Projekt), die dann wieder als Voraussetzung für die Finanzierung sozialpolitischer Maßnahmen gelten konnte. Gesichtspunkte der Verteilungs- und Steuergerechtigkeit spielten dabei keine Rolle.

Wenngleich die Beiträge in diesem Band inhaltlich nicht aufeinander bezogen sind und dies aufgrund seiner Genese auch nicht sein können, lohnt es sich, sie zusammen zu lesen und dabei insbesondere die Fallstudien auf die eingangs geführte theoretische und methodische Diskussion zu beziehen. Tut man dies, kann man den Herausgebern zustimmen, die einen mehrdimensionalen Ansatz vertreten, der in einer analytischen Verknüpfung verschiedener Politikfelder (Sozialpolitik, Arbeits-

marktpolitik und Steuerpolitik), und in einer relationalen Verknüpfung von Familie, Staat, Demokratie und Wirtschaft münden soll, und der als Regimeanalyse gefasst werden kann. Die Fallstudie zu Südafrika kommt diesem Konzept am nächsten, ohne es so zu benennen. Sie vermag es, über eine Maßnahmenbeschreibung und Wirkungsanalyse hinaus die gesellschaftliche und politische Verankerung von Sozialpolitik in den Blick zu nehmen und über die Dauerhaftigkeit des staatlichen sozialpolitischen Engagements begründete Aussagen zu machen. In den Beiträgen zu Lateinamerika wird zudem sichtbar, wie wichtig es ist, wirtschaftspolitische und sozialpolitische Paradigmenwechsel in einem engen Bezug zueinander zu analysieren.

Die Studie zu Russland ist ein überzeugender Beleg für die von *Rüb* angestellten Überlegungen. Laut *Rüb* ist das Ziel von Sozialpolitik die Erhöhung der Wahrscheinlichkeit, dass Menschen einen natürlichen Todes sterben. Diese zunächst überdehnt erscheinende Definition eröffnet aber den Zugriff auf ein mehrdimensionales und kontextbezogenes Konzept von Sozialpolitik, erlaubt die Analyse von unterschiedlichen Problemlagen und eine Hierarchisierung von Maßnahmen. Einer wie auch immer gearteten Sozialpolitik muss die Schaffung eines staatlichen Gewaltmonopols, einer staatlichen Steuerungsfähigkeit und einer einigermaßen effizienten Verwaltung vorausgehen.

Die von *Burchardt* und *Rehbein* angestellten theoretischen, methodischen – und im Falle *Rehbeins* – auch wissenschaftstheoretischen Überlegungen sind höchst ambitionierte, in die Zukunftweisende Forschungsprogramme, deren analytische Fruchtbarkeit sich in diesem Band daher auch nicht beweisen

lässt. Der von *Burchardt* vorgeschlagene Ansatz ist ein Versuch, gleich mehreren Fallen der modernen Entwicklungsforschung zu entkommen: Dem Determinismus und der Unilinearität der Modernisierungstheorien, dem Theorieverlust kulturalistischer Ansätze, der zu einem Sammelsurium von Fallanalysen führt, dem Reduktionismus auf den Menschen als nutzenmaximierenden Rationalisten. Das methodische Gerüst von Norbert Elias und der Rückgriff auf die Affektlehre bei Spinoza bieten einen Ansatz für eine ergebnisoffene, relationale, konfigurative, aber keineswegs theoriefreie Analyse, die thematisch weit gespannt sein kann und sich keineswegs auf die Sozialpolitik im globalen Süden beziehungsweise auf dem Globus beschränken muss. Die Überlegungen von *Rehbein* sind ebenfalls ein Versuch, diesmal aus der Perspektive der Wissenschaftstheorie, in Fortschreibung der dialektischen Tradition von Hegel, Adorno und Habermas, aber unter ausdrücklichem Verzicht auf jedwede Vorstellung von Totalität, den Aporien von Universalismus und Partikularismus zu entkommen. Ob es einer „kaleidoskopischen Dialektik“ bedarf, um die Sozialpolitik des globalen Südens kontextbezogen zu analysieren, soll hier offen bleiben. Ruft man sich in Erinnerung, mit welcher Stringenz *Pieterse* ein globales Panorama des Zusammenhangs von Wirtschafts- und Sozialpolitik mit Kategorien der politischen Ökonomie entwirft, beschleicht einen der Verdacht, dass man es sich mit dem Eurozentrismusproblem vielleicht unnötig schwer macht.

In dem Band werden die Defizite bisheriger Forschungen zur Sozialpolitik jenseits des OECD-Raums, insbesondere ihre Unterkomplexität und ihre Fixierung auf Normalarbeitsverhältnisse,

thematisiert, konzeptionell bearbeitet und zum Teil auch empirisch überwunden. Wenn auch die Forschungsprogramme, die sich dabei eröffnen, erst noch ausgefüllt werden müssen, markieren sie doch die Problemzonen bisheriger Ansätze, und sie dürften sich für die künftigen Forschungen zu diesem Thema als fruchtbar erweisen.

Andreas Boeckh

Von Boemcken, Marc. *Between Security Markets and Protection Rackets. Formations of Political Order*. Opladen, Berlin, Toronto. Budrich UniPress 2013. 323 Seiten. 36,00 €.

Legionen von Förderlinien, Projekten und Publikationen befassen sich mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren, denen die Gegenüberstellung von „staatlich versus nicht-staatlich“, „öffentliche versus privat“ und – implizit oder explizit – von „legitim versus illegitim“ zugrunde liegt. Von Boemckens an der Universität Duisburg-Essen im Jahr 2012 verteidigte und am Bonn International Centre for Conversion entstandene Dissertation möchte begründen, warum diese Dichotomien sowohl theoretisch als auch empirisch unhaltbar sind. Er entzieht sich pronomiert jeglicher normativen Zuschreibung von positiver oder negativer Sicherheitsproduktion und schlägt stattdessen vor, „Sicherheitsformationen“ danach zu ordnen, ob sie der Logik des Zwangs oder jener der Kommerzialisierung folgen. Die überwiegend diskurstheoretische und konzeptionsgeschichtliche Arbeit interveniert in zwei extensiv entfaltete Diskurse, nämlich in den zur „Privatisierung von Sicherheit“ und in die Debatten um den Bedeutungswandel beziehungsweise die Erweiterung

des Sicherheitsbegriffs. Die Ambition der Arbeit besteht darin, den Blick auf die Struktur von Sicherheitspraktiken zu richten, statt durch normative Prädispositionen, eine Webersche Staatsfixiertheit oder die Einteilung der Welt in vermeintlich gute und böse Akteure blind für empirische Heterogenität zu werden. Diese Ambition löst das Buch mit nimmermüdem Aufwand und überzeugenden Nachweisen ein.

Das Buch führt das Konzept der „Sicherheitsformationen“ ein, es macht – mit Rückgriff auf Karl Marx‘ Unterscheidung zwischen Gebrauchs- und Tauschwert – umfangreiche Ausführungen zur politischen Ökonomie von Sicherheit und vergleicht vor allem Sicherheit, die auf Zwang basiert, mit kommerzieller Sicherheit. Nach der anfänglichen Rekonstruktion und Kritik an essentialistischen, aus dem (neo-)realistischen Lager stammenden Sicherheitsbegriffen widmet sich der Autor der konstitutiven Funktion von Sicherheitspraktiken, deren Hauptaufgabe er darin sieht, Ordnungen herzustellen und zu reproduzieren beziehungsweise politische Akteure mit Identitäten auszustatten. Allerdings mache es die stetige Erweiterung des Sicherheitsbegriffs, die nur noch diffuse Trennung von Verteidigung und innerer Sicherheit, von „Innen“ und „Außen“ und die Vielfalt von Sicherheitspraktiken schwer, die konventionell angenommene Komplizenschaft von Sicherheit und Ordnung weiter dingfest zu machen.

Das „Wesen“ von Sicherheit definiert von Boemcken als „jedes Set von absichtlichen und koordinierten sozialen Praktiken, die wahrgenommene Bedrohungen behandeln, welche sich aus den Eventualitäten des Lebens selbst ergeben können, und die bestimmte – individuelle und kollektive – Formen der